t@cker

Ausgabe
9
2013

dbb jugend magazin für junge leute im öffentlichen dienst



22. September 2013

Die Wahl

12



2

Ehrensache:
Wählen gehen!



3

„Europagipfel“
in Königswinter



8

Amtstierärzte:
Hygiene ist (fast)
alles



16

Umfrage:
„Was willst Du
werden?“



19

Rechts?
Links liegen lassen!

Ein schlechtes Hotel, ein mangelhaft repariertes Auto oder ein unverschuldeter Unfall mit langen Krankheitsfolgen – gut, wenn man sich abgesichert hat. Seite 20

herausgeber:
dbb jugend

Bundestagswahl 2013

Wählen gehen? Ehrensache!



Laut der Mitteilung des Statistischen Bundesamtes sind zum Wahltermin 61,8 Mio. Personen im Bundesgebiet wahlberechtigt, darunter etwa drei Millionen Erstwähler, die seit der letzten Bundestagswahl volljährig geworden sind (Bundeswahlleiter, Pressemitteilung vom 21.02.2013).

Insbesondere auf sie hat nun der große „Run" der Parteien begonnen: In verschiedensten TV-Produktionen stellen sich Bundestagskandidaten dem Publikum. Bei einem privaten Sender durften Diskussionsteilnehmer im bunt gemischten Alter dem SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück ein Tier zuordnen. Der jüngste Teilnehmer nannte Steinbrück eine „Schildkröte" – das sagt so ziemlich alles: Der Politikbetrieb wirkt auf junge Menschen schwerfällig, langsam und träge. Politik grundsätzlich aber interessiert junge Menschen. Sie sind nicht politikverdrossen, sie fühlen sich und ihre Themen jedoch unterrepräsentiert.
Wieso haben auf einmal alle Parteien wieder den Spruch „Die Jugend ist unsere Zukunft" auf den Lippen? Trotzdem kämpfen Bundesjugendring und Verbände jedes Jahr gegen drohende Kürzungen bei den Mitteln für Kinder-und Jugendpolitik. Warum predigt jeder Politiker zur Wahlkampfzeit das Wort „Bildung" wie ein Mantra lautstark vor sich hin? Schlussendlich fehlen aber deutschlandweit Lehrerinnen und Lehrer, um den Schulbetrieb auf hohem Niveau aufrecht zu erhalten. Warum findet sich im Abschlussbericht der Bundesregierung zur Demografiestrategie keine Aussage zu jungen Menschen oder zur Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst? Die Menschen werden immer älter in Deutschland. Man wird das Gefühl nicht los, dass es nur noch darum geht, Menschen zu immer längeren Arbeiten zu motivieren, anstatt sich auch auf das zu konzentrieren was danach kommt. Die dbb jugend macht sich stark dafür, dass die Stimme der jungen Menschen im öffentlichen Dienst und privatisierten Dienstleistungssektor auch zwischen den Wahlen gehört wird. Und die dbb jugend macht sich stark dafür, dass junge Menschen wählen gehen. Ich gehe wählen. Das ist zunächst mal Ehrensache: Meine Stimmabgabe ist ein Beitrag zur Demokratie. Ich möchte mitbestimmen in Deutschland – über die dbb jugend, aber auch als Bürgerin. Ich möchte bei jeder Gelegenheit Politiker daran erinnern, was ihre Versprechen für die Jugend waren, und auf deren Erfüllung drängen. Ich kann mich nicht beschweren, wenn ich nicht versuche, etwas zu verändern. Jede einzelne Stimme kann etwas verändern – deswegen: Geht wählen – Ihr habt es in der Hand!



Liv Grolik
Stellvertretende Vorsitzende dbb jugend



Liebe Leute – Ihr habt „Die Wahl"! Am 22. September 2013 wählt Deutschland einen neuen Bundestag, in Bayern und Hessen werden auch die Besetzungen der Landesparlamente neu ermittelt. Das aktuelle dbb jugend magazin widmet sich in einem ausführlichen t@cker-special diesem Thema: Neben einem Doppel-Interview mit Bundesarbeits- und -sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) und SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück findet Ihr dort Statements aller großen Parteien zum öffentlichen Dienst und viele weitere Interessante Infos. Mein Appell: Geht wählen!

Die spannende t@cker-story berichtet diesmal über die wichtige Arbeit von Lebensmittelkontrolleuren: Besuch bei zwei amtlichen Tierärzten und neun amtlichen Fachassistentinnen in der Geflügelschlachtanlage von Wiesenhof in Niederlehme vor den Toren Berlins. Die t@cker-tipps machen aufmerksam auf ein Seminar der dbb akademie und eine eindrucksvolle Wanderausstellung zum Thema Rechtsextremismus – Motto: „Rechts? Links liegen lassen!". Nachrichten aus der dbb jugend und dbb Jugendverbänden gibt's selbstverständlich auch wieder, ebenso wie die tollen Gewinnspiele (Achtung: neue Runde t@cker-Mega-Aktion!), Musik- und Filmtipp im t@cker-checker.

Viel Spaß beim Lesen und Wählen wünscht

Sandra Kothe
Vorsitzende dbb jugend

dbbj-Seminar macht EU erlebbar

„Europagipfel“ in Königswinter



In der Mitte Europas – Königswinter/Thomasberg bei Bonn – fand vom 12. bis 14. Juli 2013 der 3. „Europagipfel“ der dbb jugend statt. 19 Teilnehmer traten die Reise zum Seminar „Europa kompakt“ an, um mehr über die Institutionen der Europäischen Union (EU) und die Zusammenhänge der politischen Entscheidungsprozesse insbesondere in Brüssel zu erfahren. Bedeutende geschichtliche Hintergründe der Entwicklung der EU standen am Beginn eines spannenden Wochenendes für die jungen Europäer.

Institutionenkunde zum Anfassen

Am zweiten Seminartag ging’s dann direkt hinein ins Zentrum des politischen Geschehens in Europa: nach Brüssel. Dort angekommen, wurde die Gruppe, die dbb jugend-Vize Michael Gadzalla als Seminarleiter begleitete, von Referent Nabil Zeriouh anschaulich über die politischen Zusammenhänge und den Ablauf von Gesetzgebungsverfahren informiert. Ein Rundgang durch das Regierungsviertel vermittelte einen Eindruck von den riesigen Dimensionen der unterschiedlichen Institutionen wie EU-Kommission oder Europaparlament.

Ein Besuch bei der europäischen Dachgewerkschaft des dbb, der CESI (Confédération Européenne des Syndicats Indépendants), durfte selbstverständlich auch nicht fehlen. Michael Gadzalla berichtete über die Arbeit der CESI in Brüssel sowie die Probleme der Jugend in Europa, insbesondere die frappierende Jugendarbeitslosigkeit. Gadzalla machte deutlich, wie sich dbb jugend und dbb über die CESI auch auf europäischer Ebene für die Belange des Nachwuchses starkmachen. Nach einem interessanten und langen Tag in Brüssel widmeten sich die Seminarteilnehmer am letzten Seminartag zurück in Königswinter noch einmal den Grundlagen zur Gründung der EU und deren Gesetzgebung.

Zum Abschluss des Seminares gab es noch einen ungeplanten Höhepunkt: Für die Stärkung des „Wir-Gefühls“ sangen die Seminarteilnehmer gemeinsam die Europäische Hymne „Ode an die Freude“! Mit diesem schönen Erlebnis im Gepäck machten sich die jungen – und jetzt viel informierteren – Europäer wieder auf die Heimreise. ■

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013

Antworten der Parteien auf die Fragen der dbb jugend

Gegen Kinder- und Jugendpolitik nach Kassenlage

Vor einer Kinder- und Jugendpolitik nach Kassenlage hat die dbb jugend anlässlich des Internationalen Tags der Jugend am 12. August 2013 gewarnt.

„Tag für Tag machen die Kinder- und Jugendverbände insbesondere auf kommunaler Ebene, also in ihrem Wirkungskreis vor Ort, die Erfahrung, dass ihre Arbeit politisch immer stärker infrage gestellt wird und die prekäre Situation der öffentlichen Haushalte zu einer Kinder- und Jugendpolitik nach Kassenlage führt“, kritisierte die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe in Berlin. „Das ist eine fatale Entwicklung, denn gerade aktuell steht die Kinder- und Jugendförderung vor großen Herausforderungen“, warnte Kothe. So gehe aus dem jüngsten Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung hervor, dass die soziale Herkunft nach wie vor in besonderem Maße die Lebenschancen eines jungen Menschen bestimme. „Um hier endlich eine Trendwende einzuleiten, muss noch mehr für und mit dem Nachwuchs gearbeitet werden, nicht weniger“, forderte die dbb jugend-Chefin, „zumal die nachwachsenden Generationen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels künftig noch mehr gesellschaftliche Lasten zu schultern haben.“ Nachhaltige und zu diesem Zweck finanziell optimal ausgestattete Kinder- und Jugendarbeit lege den Grundstein für die Zukunft des Gemeinwesens, betonte Kothe: „Die jungen Menschen von heute sind keine finanzpolitische Dispositionsmasse, sondern die Leistungs- und Verantwortungsträger von morgen.“ ■

Nord-Ost-Workshop

Rhetorik-Training an der Elbe



Fit für den starken Auftritt: Die Teilnehmer des Rhetorik-Workshops der dbb jugend in Hamburg.

Der diesjährige Nord-Ost-Workshop der dbb jugend fand zum Thema „Rhetorik und Umgang mit neuen Mitgliedern“ vom 12. bis 14. Juli 2013 in Hamburg statt.
Zehn Teilnehmer aus den unterschiedlichsten Bereichen des öffentlichen Dienstes – vor allem Polizei, Zoll und Kommunalverwaltung – kamen zum Wochenend-Workshop in die Hansestadt Hamburg. Nach einer ersten Vorstellungsrunde ging‘s direkt in die inhaltliche Arbeit zum Thema „Redetechniken“ und „Präsentation vor eine Gruppe“. Dozentin Sabine Heins, Rhetorik-Trainerin aus Schwerin, konnte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern neben den theoretischen Kenntnissen viele praktische Tipps an die Hand geben, welche Techniken man anwenden kann, um eine Rede gut zu strukturieren und sicher vor eine Gruppe vorzutragen.
Thomas Löwe, bis 2012 als Schatzmeister selbst Mitglied der dbb Bundesjugendleitung, sprach mit den Seminarteilnehmern über die unterschiedlichsten Methoden zur Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung in einer Jugendorganisation. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung hatte er für die Junggewerkschafter reichlich wertvolle Ratschläge parat.
Seminarleiter und dbb jugend-Vize Marco Karbach: „Als Gewerkschaftler muss man seine Positionen klar strukturiert vortragen und selbstsicher vor eine Gruppe auftreten. Der Umgang mit neuen, jungen Mitgliedern muss ebenfalls trainiert werden, sodass eine erfolgreiche Jugendarbeit im Verband möglich ist.“ Insofern habe der Workshop an der Elbe einen wichtigen Beitrag zur Optimierung geleistet, so Karbach: „Wir haben inhaltlich richtig gut gearbeitet, und die Stimmung innerhalb der Gruppe war obendrein klasse.“ ■

Beamtenpensionen

Staat kann sich nicht verstecken

Zu der vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann angestoßenen Diskussion über die Beamtenpensionen hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt klargestellt, dass sich der Staat als Dienstherr nicht vor den berechtigten Ansprüchen seiner Beamtinnen und Beamten verstecken könne.
„Ministerpräsident Kretschmann sieht die Stabilität der Staatsfinanzen seines Landes durch Ausgaben für künftige Beamtenpensionen gefährdet und hat deshalb seine Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, nach der Sommerpause gemeinsam über die Beamtenversorgung nachzudenken. Das kann für jetzige wie künftige Versorgungsempfänger nur eine Reform mit Minuszeichen erwarten lassen“, sagte Dauderstädt am 29. Juli 2013 in Berlin. „Vernünftigerweise haben die Staatsregierungen in Wiesbaden und München schnell reagiert und signalisieren, keinen solchen Bedarf zu sehen oder sich an solchen Runden nicht zu beteiligen“, stellte der dbb Chef fest und verwies darauf, dass die von Kretschmann benutzte Formulierung, bei den Pensionen handele es sich um „versteckte Pensionslasten“ völlig unverständlich sei. „Der öffentliche



Dienst und seine Kosten sind durch die Personalhoheit der öffentlichen Hand langfristig präzise vorhersehbar“, stellte Dauderstädt klar, „Versetzungen in den Ruhestand sind keine Überraschungen für den Fiskus. Jeder ordentliche Haushaltsvorstand pflegt, seine Verbindlichkeiten einzuplanen und bei seinem Ausgabeverhalten zu beachten. Das gilt auch und erst recht für Vater Staat – er kann sich nicht verstecken.“
Im Übrigen erinnerte Dauderstädt daran, dass zwar mit der Föderalismusreform 2006 Zuständigkeiten auch zu versorgungsrechtlichen Fragen auf die Länder übergingen, der Kern der Beamtenversorgung aber nach wie vor bundeseinheitlich in Artikel 33 des Grundgesetzes geschützt und daher nicht disponibel sei. ■



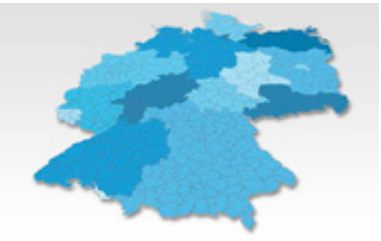
Tod rumänischer Arbeiter – Politik muss handeln

Nach dem Brandunglück, bei dem Mitte Juli zwei rumänische Werftarbeiter in ihrer Unterkunft im niedersächsischen Papenburg ums Leben gekommen waren, hat der dbb das Fehlen durchsetzbarer Mindeststandards für die Qualität von Arbeiterunterkünften kritisiert und die Politik dazu aufgefordert, für klarere Regelungen zu sorgen.

Ulrich Silberbch, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Chef der komba gewerkschaft für Beschäftigte im Kommunal- und Landesdienst, sagte der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 23. Juli 2013), eine wirksame Durchsetzung von Mindeststandards für Arbeiterunterkünfte sei in der Praxis sehr schwierig. „Gerade bei der Wohnraumthematik bewegen sich die Behörden leider allzu oft in einer Grauzone“, so Silberbach. „Kaum ein Gesetz schreibt vor, wie viel Platz einem Menschen zur Verfügung stehen muss – konkrete Regelungen wie beispielsweise im Berliner Wohnungsaufsichtsgesetz sind die Ausnahme, nicht die Regel.“ Silberbach mahnte klarere Bestimmungen an. „Anstatt die Behörden im juristischen Niemandsland allein zu lassen, sollte die Politik in dieser Angelegenheit Verantwortung übernehmen und ihren Gestaltungsauftrag erfüllen.“ ■

Schaden durch Föderalismusreform

Einheitlichkeit der Besoldung geht verloren



Dass jedes Bundesland in Folge der Föderalismusreform seine Beamten mehr oder weniger nach Kassenlage bezahlt, hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt kritisiert. Dem „Tagesspiegel“ (Ausgabe vom 15. Juli 2013) sagte Dauderstädt: Nimmt man alle Beamtenberufe zusammen, dann „klafft zwischen Berlin und Bayern eine Besoldungslücke von fast 20 Prozent. Jedes Land macht bei der Besoldung inzwischen, was es will, und die Einheitlichkeit der Bezahlung geht vollends verloren.“
Ein Studienrat in Brandenburg (A13) steige bei 3.190 Euro ein, in Bayern dagegen beginne das Berufsleben des Lehrers bei 3.574 Euro. Bei solchen Unterschieden „liegen die Abwerbe-Effekte auf der Hand“, sagte der dbb-Chef.
Dauderstädt äußerte sich auch zur Willkür der Bundesländer bei der Übernahme des aktuellen Tarifabschlusses für die Landes- und Kommunalbeamten. Bei den Tarifangestellten, die streiken dürfen, hatten sich die Länder im Frühjahr auf eine Erhöhung um 5,6 Prozent in zwei Stufen verständigt. Bei den Beamten, die nicht streiken dürfen, gebe es dagegen eine Erhöhung nach Kassenlage. „Die armen Länder werden nicht nur bei der Nachwuchsgewinnung den Kürzeren ziehen und mittelfristig geschwächt“, so der dbb Chef. „Ein schlecht bezahlter öffentlicher Dienst verliert über kurz oder lang seine Qualität und Leistungsfähigkeit.“
Der „Tagesspiegel“ verwies darauf, dass es neben Bayern Baden-Württemberg, Hamburg und Niedersachsen sind, die einen Großteil des Tarifabschlusses auf ihre Beamten übertragen und es offenkundig keine Rolle für die Besoldungshöhe spiele, ob eine schwarze, rote oder grüne Regierung an der Spitze des Landes steht. Es gehe schlicht ums Geld. „Das ist unfair gegenüber Menschen, die aufgrund ihres besonderen Dienst- und Treueverhältnisses besonders loyal zum Staat stehen“, kritisiert Klaus Dauderstädt. Das Qualitätsniveau im öffentlichen Dienst sei so nicht zu halten, und auch das Prinzip der „ Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse gerät gefährlich ins Wanken“. Spätestens, wenn es wieder zu nennenswerten Beamtenbewegungen von den armen in die reichen Länder komme, werde deutlich sein, dass „die Föderalismusreform gescheitert ist“, meinte Dauderstädt. ■

Kita-Betreuung

Qualität auch bei gestiegener Quantität gewährleisten

Bei der Umsetzung des seit 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige muss es ein „Zusammenspiel von Masse und Klasse geben“. Auch bei gestiegener Quantität dürfe die Qualität nicht leiden. Das hat die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann gefordert. „Es ist eine große Leistung, dass Länder und Gemeinden große Anstrengungen unternommen haben, um eine Vielzahl neuer Betreuungsplätze zum 1. August anbieten zu können. Mir macht allerdings Sorge, dass wir beim Personal weder mengen- noch qualitätsmäßig werden mithalten können“, sagte Hollmann am 31. Juli 2013. Schon heute könne kaum ein Bundesland den empfohlenen Betreuungsschlüssel von 1 bis 3 bei Kindern unter drei Jahren gewährleisten. „Wenn dieser Schlüssel auch nur annähernd erreicht werden soll, müssten auf einmal tausende neuausgebildete Erzieherinnen und Erzieher vom Himmel fallen – damit ist leider eher nicht zu rechnen“, so die dbb-Vize. Die Qualität der frühkindlichen Bildung und Erziehung sei jedoch wegweisend für die weitere schulische Entwicklung der Kinder. „Deswegen fordert der dbb nicht nur größere Anstrengungen bei der Gewinnung zusätzlichen Personals. Auch die Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss so gestaltet werden, dass unabhängig vom Lernort Kompetenzen auf Bachelor-Niveau erworben und Möglichkeiten der Höherqualifizierung in verschiedenen Bereichen der Pädagogik geboten werden. Eine solche Professionalisierung des Berufszweiges wird ohne eine verbesserte Bezahlung nicht zu haben sein“, machte Hollmann – an die Adresse der Kita-Träger gerichtet – deutlich. ■



Stellenabbau in Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ignoriert Aufgabenzuwachs

Der vom Bundesverkehrsministerium in die Wege geleitete Umbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) stößt beim dbb weiter auf Kritik. Nachdem seit den 1990er Jahren bereits 5.000 Stellen abgebaut wurden, strebt das Ministerium nun eine „Zentrale Ressourcensteuerung“ an, die sich vor allem auf vielbefahrene Wasserstraßen konzentriert.
Dazu sagte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 15. Juli 2013): „Wir sind nicht grundsätzlich gegen eine Reform, aber diese Reform ist nicht geeignet.“ So werde bei dem geplanten weiteren Stellenabbau ignoriert, dass der WSV in den vergangenen Jahren laufend neue Aufgaben und Zuständigkeiten im Umweltschutz übertragen worden sind.

Die Reform, so Lühmann, sei zum einen ohne Mitwirkung der Beschäftigten vorbereitet worden. Zum anderen werde die geplante Zentralisierung von Aufgaben anstelle von mehr Effizienz vor allem neue „Schnittstellenprobleme“ schaffen. Bisher verantworten die regionalen Wasser- und Schifffahrtsämter Betrieb, Unterhaltung und Neubau von Wasserstraßen in einer Hand. Künftig sollen diese Aufgaben von unterschiedlichen Standorten aus jeweils zentral gesteuert werden. ■

Aktuelle Termine

Klick auf den Kalender, um zu allen Jugend-Terminen zu gelangen.

SEPTEMBER						2013
MON	DIE	MIT	DON	FRE	SAM	SON
						1
2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29



Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Öffentlicher Dienst ist auf Diversity angewiesen

Dass Verwaltungen ein „Spiegel der Gesellschaft“ sind, sollte sich auch in der Auswahl ihrer Beschäftigten zeigen. Dafür plädiert Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Dem „dbb magazin“ (Ausgabe Juli/August 2013) sagte Lüders: „Gerade im öffentlichen Dienst werden in den nächsten Jahren viele Beschäftigte in Pension oder Altersrente gehen. Da ist es umso wichtiger, mehr Vielfalt zu fördern, um einem Nachwuchskräftemangel und der damit verbundenen stärkeren Konkurrenz mit Unternehmen oder anderen Verwaltungen entgegenzuwirken.“ Diversity, also Vielfalt, müsse nicht nur hergestellt, sondern auch genutzt werden. „Es ist gut für das Betriebsklima und für die Kundenkontakte, wenn eine Behörde aktiv gegen Benachteiligung vorgeht und eine vielfältige Belegschaft fördert“, zeigte sich Lüders überzeugt. So könne eine Verwaltung beispielsweise positive Maßnahmen für Migrantinnen und Migranten oder für Frauen schaffen und bei der Personalgewinnung auf anonymisierte Bewerbungsverfahren setzen. Diversity-Management könne auch dazu beitragen, mehr Frauen in Führungspositionen und in männlich geprägte Arbeitsfelder zu bringen. „Wenn der Staat sich nicht unglaubwürdig machen will, dann muss er auch in diesem Bereich alles für Gleichstellung tun“, so Lüders. Das ginge nur mit Quoten – „aber auch mit Sanktionen, wenn diese Quoten nicht eingehalten werden“.

Im Bereich der anonymisierten Bewerbungsverfahren habe die Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit ihrem erfolgreichen, bundesweiten Pilotprojekt einen Stein ins Rollen gebracht. „Mehr und mehr Länder und Kommunen testen anonymisierte Verfahren jetzt auch oder stellen komplett darauf um“, berichtete Lüders. Diese „schaffen Chancengleichheit, geben Unternehmen Rechtssicherheit und sind ein gutes Instrument, um zu zeigen, dass man als Behörde ein großes Interesse daran hat, vielfältig aufgestellt zu sein.“

dbb jugend startet Umfrage

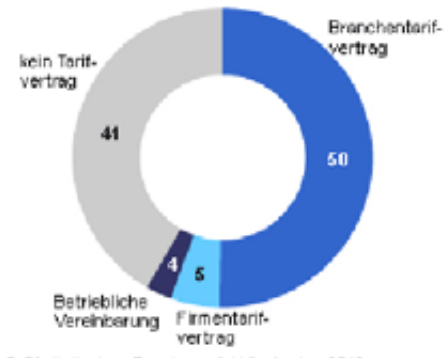
Zum Thema Diversity-Management im öffentlichen Dienst hatte die dbb jugend am 1. Deutschen Diversity-Tag im Juni 2013 eine Umfrage gestartet. Von hunderten Adressaten in Behörden und Verwaltungen will die Jugendorganisation des dbb erfahren, ob Diversity vor Ort ein Thema ist, wie Vielfalt im Team bewertet wird und welche Ressourcen in Sachen Diversity zur Verfügung stehen. ■

Tarifbindung in Deutschland:

Erstmals detaillierte Ergebnisse

Durchschnittlich 55 Prozent der Arbeitnehmer waren 2010 in Deutschland tarifgebunden: 15 Prozent waren es in der Branche Dienstleistungen der Informationstechnologie, 52 Prozent im Maschinenbau und 90 Prozent in den Finanzdienstleistungen. Im öffentlichen Dienst gelten für alle Beschäftigten Tarifverträge beziehungsweise Besoldungsordnungen. Das teilt das Statistische Bundesamt aus aktuellem Anlass mit: „Öffentliche Debatten über gerechte Entlohnung sowie über Mindest- und Niedriglöhne haben den Bedarf an Daten zur Tarifbindung in Deutschland erheblich gesteigert. Tarifverträge gelten als wichtiges Instrument, um die Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszugleichen und den sozialen Frieden zu sichern“, heißt es aus Wiesbaden. Mit der Veröffentlichung „Tarifbindung in Deutschland 2010“ lege das Statistische Bundesamt daher erstmalig detaillierte Ergebnisse zu diesem Thema vor. ■

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2010
nach Tarifbindung in %



© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013



Mehr Personal an Hochschulen und in Kitas

Mehr Personal an Hochschulen und in Kindertageseinrichtungen führte bis Mitte 2012 zu einem Anstieg der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, waren am 30. Juni 2012 rund 4,62 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst tätig –14.400 (0,3 %) mehr als ein Jahr zuvor. Wie schon im Vorjahr kam es vor allem an Hochschulen (+ 12.700) und in Kindertageseinrichtungen (+ 9.200) zu einem Personalzuwachs. Bei den Hochschulen handelt es sich hauptsächlich um zeitlich befristete Arbeitsplätze, während bei Kitas mehrheitlich Personal auf Dauer eingestellt wurde. Von den 4,62 Millionen Beschäftigten waren Mitte 2012 knapp über die Hälfte (51 %) im Landesbereich – überwiegend im Bildungswesen – tätig. Auf den kommunalen Bereich entfielen rund 30 %. Rund elf Prozent waren im Bundesbereich beschäftigt und acht Prozent bei den Sozialversicherungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit. ■

Anhebung Gerichtsgebühren: Gewerkschaftlicher Rechtsschutz noch wichtiger

dbb-Chef Klaus Dauderstädt hat die Anhebung der Gerichtsgebühren in Deutschland um bis zu 18 Prozent zum 1. August 2013 zum Anlass genommen, auf die weiter wachsende Bedeutung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes hinzuweisen. In Berlin erklärte er: „Natürlich müssen auch die Gerichtsgebühren an die allgemeine Kostenentwicklung angepasst werden. Es droht aber zunehmend die Gefahr, dass Bürgerinnen und Bürger immer öfter aus rein finanziellen Gründen davor zurückschrecken, ihre berechtigten Interessen notfalls auch vor Gericht durchzusetzen. Das kann nicht im Sinne des Rechtsstaates sein.“ Umso wichtiger, so der dbb-Chef, sei der gewerkschaftliche Rechtsschutz: „Für seine Mitglieder stellt der dbb im Rahmen seiner Rechtsschutzordnung den ungehinderten Zugang zu den deutschen Gerichten sicher. Hier darf Geld keine Rolle spielen. Das ist eine Frage der gewerkschaftlichen Solidarität.“ Das finanzielle Risiko eines Gerichtsprozesses steigt zudem dadurch, dass neben den Gebühren für die Gerichte auch die Gebührenordnungen für Anwälte und Notare zum 1. August um 12, respektive 15 Prozent erhöht werden. ■



Die Bank im dbb vorsorgewerk

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

Jetzt informieren:
www.bezuegekonto.de oder
www.dbb-vorsorgewerk.de

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst



Bis zu 100.000 Hähnchen werden in der Wiesenhof-Schlachtanlage im brandenburgischen Niederlehme angeliefert, geschlachtet und kommissioniert – alles unter den wachsamen Augen der Tiermediziner und ihrer Assistenten.

Amtliche Geflügelfleischuntersuchung bei Wiesenhof:

Schwarz – Weiß – Schwarz – oder Hygiene ist (fast) alles …

Von Walter Schmitz und Jan Brenner (Fotos)

… so lässt sich ein Besuch in der Geflügelschlachtanlage von Wiesenhof in Niederlehme vor den Toren Berlins zusammenfassen. Zwei amtliche Tierärzte und neun amtliche Fachassistentinnen des Veterinäramtes des Landkreises Dahme Spreewald sind dort im Wechsel ständig vor Ort und überwachen im Rahmen der Lebensmittelkontrolle von Amts wegen Schlachtung und Produktion. Ohne deren kritische Blicke läuft nichts – weder vom Band noch auf die LKWs, die schließlich mit den fertigen Fleischprodukten zu den Großkunden und zu den Supermärkten fahren.

In der Märkischen Geflügelhof Spezialitäten GmbH – so heißt die Wiesenhof-Schlachtanlage im Gewerbegebiet von Niederlehme korrekt – werden täglich 80.000 bis 100.000 Hähnchen angeliefert, geschlachtet, verarbeitet, verpackt, auf Paletten kommissioniert, verladen und per Kühl-LKWs ausgeliefert. 110 Tonnen Geflügelprodukte vom Brustfilet über Geschnetzeltes bis zur gewürzten Hähnchenkeule oder dem ganzen „Broiler“ zum Grillen werden von morgens vier Uhr bis zum späten Nachmittag in der Anlage hergestellt, die bereits seit 1967 existiert und im Lauf der Zeit vielfach umgebaut und modernisiert worden ist.

Jeder Produktionsschritt wird von amtlichen Tierärzten und Fachassistentinnen des Veterinäramtes des Landkreises Dahme Spreewald begleitet. Dass zurzeit dem Team kein Mann angehört, sei übrigens reiner Zufall. Die Kontrollen reichen von der Ausstallung der etwa 30 Tage alten Tiere durch amtliche Tierärzte in den Mastbetrieben über die Schlachtung bis zum Verladen der LKWs mit den Frischprodukten auf dem Schlachthof. Und auch die anschließende Reinigung der Anlage wird unter Hygieneaspekten überprüft.

„Wir arbeiten vertrauensvoll zusammen“, erklärt Geschäftsführer Gerhard Heil, während einer kurzen Einführung in seinem Büro. „Und wenn ein Missstand auftritt, wird er abgestellt. Dabei handelt die Behörde vollkommen autark.“ Genau das möchten wir sehen und beschreiben, doch so schnell, wie wir uns das vorgestellt haben, geht es nicht. Wer in den Bauch des Betriebes möchte, muss seine individuelle Kluft gegen Einheitsweiß eintauschen. Hygienevorschrift. Wir werden also zunächst von Kopf bis Fuß neu eingekleidet: weiße Hose, weiße Wärmejacke, weiße Schuhe, Kittel in Weiß und Grün, Mundschutz und Haube. Auf Ohrstöpsel verzichten wir tapfer, um beim Rundgang die notwendigen Erläuterungen nicht zu verpassen.

Durch die Hygieneschleuse

Optisch unterscheiden wir uns nur noch durch das Fehlen der weißen Gummischürzen, die dafür sorgen, dass die Arbeitskleidung vor dem austretenden Fleischsaft geschützt wird, von den Wiesenhof-Arbeitern oder den Mitarbeiterinnen des Veterinäramtes. Die Betriebsbegehung unter Führung von Geschäftsführer Gerhard Heil und der Diplom-Veterinärmedizinerin (DVM) Regina Matzdorf als amtliche Tierärztin kann beginnen.

Wir gelangen durch eine Hygieneschleuse in die Produktion, bewegen uns längst nicht so geschickt wie unsere beiden Führer über ein bürstenbestücktes Band, das unsere Schuhsohlen desinfiziert. Vorab haben wir die Hände gewaschen, luftgetrocknet und in eine sensorgesteuerte Desinfizier-Box gesteckt; ohne diese Prozedur an der Hygieneschleuse würde sich die Einlass-Schranke gar nicht bewegen und – wem auch immer – den Zugang verweigern.

Wir schenken den kopfüber in vorübergleitenden Kettenbändern hängenden, geschlachteten und gerupften Hähnchen vorerst allerdings keine größere Beach-



Die Transportdokumente werden vor dem Abladen der Tiere genau überprüft.



An mehreren Stationen kontrollieren die Experten des Veterinäramts die Hähnchen: Beschau von oben in den Körper hinein ...

tung, sondern werden wieder in eine kleine Schleuse geführt. Die weißen Kittel und Jacken werden dort deponiert, die grünen Kittel übergestreift. Wir gehen nach draußen in den so genannten (unhygienischen) Schwarzbereich. Ein LKW wird gerade entladen. Dabei ist stets eine der heute neben der Tierärztin anwesenden vier Assistentinnen des Veterinäramtes im Einsatz. Sabrina Kügler kontrolliert die Transportdokumente, die der Fahrer zwingend dabei haben muss: die Gesundheitsbescheinigung, ausgestellt durch den im Herkunftsbereich zuständigen amtliche Tierarzt (sie darf nicht älter als drei Tage sein), die Standarderklärung des Landwirts über Fütterung und eventuelle Medikamentenzugabe, sowie den Aufzuchtbericht des Herkunftsbetriebes. Die Angaben aus diesen Dokumenten und alle anderen im Zusammenhang mit dem Schlacht- und Verarbeitungsvorgang erhobenen Daten werden später jeweils von den Fachassistentinnen und den Tierärzten in entsprechende Datenbanken eingetragen.

Nachdem die Transportkisten, die je nach Gewicht mit 20 bis 28 Hähnchen bestückt werden, vom LKW abgeladen und auf einem Fließband platziert worden sind, beginnt mit dem manuellen Einhängen der Tiere in das Kettenband die Schlachtung. Mit blauem Licht werden die Tiere beruhigt. Im Sommer sorgt eine Klimaanlage für artgerechte Temperaturen in der Geflügelannahme, im Winter wird auf ausreichende Wärme geachtet. „Es wird viel dafür getan, dass die Tiere möglichst ruhig und stressfrei in den Schlachtungsprozess gelangen“, unterstreicht Regina Matzdorf. „Wiesenhof legt zum Beispielauch großen Wert auf kurze Fahrzeiten, die vier Stunden statt der erlaubten acht nicht überschreiten sollen.“

Die Tierärztin kontrolliert diesen wie alle anderen Bereiche des Schlachthofes auf ihren Rundgängen mehrmals täglich. Betäubung und Schlachtung zu Beginn der Produktion müssen beispielsweise den deutschen Tierschutzbestimmungen entsprechen. Die als so genannte „Hänger“ eingesetzten Arbeiter werden entsprechend geschult und müssen ihre Sachkunde nachweisen können.

Nach dem Einhängen erfolgt die weitere Verarbeitung zunächst ausschließlich maschinell: Die Hähnchen werden in einem Wasserbad elektrisch betäubt, anschließend geköpft, bei 56 Grad gebrüht und gerupft. Auch diese Arbeitsschritte werden von Regina Matzdorf oder ihrem Amtskollegen Daniel Spiro mehrmals täglich überprüft. Nach wenigen Minuten laufen die Kettenbänder mit den Schlachttieren ohne Federn und Füße durch eine kleine Wandöffnung vom Schwarzbereich in den hygienisch einwandfreien „Weißbereich“.

Kontrollen im Wechsel

Durch den Brühvorgang ist die Luft in dieser Halle schwül-warm. Beim Weitergehen zur ersten Kontrollstation spüren wir Tropfen auf unseren Köpfen, im Nacken und auf den Kitteln, die rötlich-gelbe Flecken hinterlassen. Wir schwitzen; das Kameraobjektiv trübt ein, unsere Brillen beschlagen. Das Transportband rotiert und lärmt kurz über unseren Köpfen, groß gewachsene Menschen müssen sich ducken. Wir machen Halt an der ersten der drei Prüfstationen, an denen pro Schicht insgesamt vier amtliche Fachassistentinnen tätig sind. Sie rotieren alle 40 Minuten von der ersten über die zweite zur dritten Station. Nach zwei Stunden intensiver Prüftätigkeit schließen sich jeweils 30 Minuten PC-Arbeit im Veterinärbüro an, und auch eine dringend notwendige Augenpause wird eingelegt, denn das Band läuft schnell – und doch darf nichts übersehen werden.

Zuerst erfolgt die Beschau der Hähnchen am geschlossenen Tierkörper. „Sind Erkrankungen, zum Beispiel eine tiefe Dermatitis erkennbar, wird das Tier ‚verworfen‘, das heißt aus dem Transportband ausgehakt und aus





... Beschau des ganzen Körpers (o.) und der Innereien.



Weil die Kühlkette nicht unterbrochen werden darf, stehen regelmäßige Temperaturüberprüfungen auf dem Programm – auch beim Verladen der Ware.

der Produktionskette entfernt. Die ausgesonderten Schlachtkörper werden in Abfallbehältern gesammelt und später entsorgt“, erklärt Regina Matzdorf. Das hört sich leichter an als es ist, denn für ihre Entscheidung hat Blaga Templin pro Tier nur einen kurzen ‚Augenblick‘ Zeit. Mehrere Hähnchen landen im Abfallbehälter, die sich für uns in nichts von den anderen unterscheiden. „Was ist denn damit?“, fragen wir erstaunt. Statt einer Antwort öffnet die Veterinärin einen der aussortierten Tierkörper. Gallertartige Bauchhöhlenflüssigkeit ist ausgetreten, die auf einen Entzündungsprozess schließen lässt. Das Tier ist für den menschlichen Verzehr ungeeignet...

Es geht nahtlos weiter. Die Innereien werden maschinell entnommen, sie laufen dann auf kleinen Tabletts vor den dazu gehörenden Hähnchenkörpern auf einem Fließband mit und werden von Maria Henschler an der zweiten Kontrollstation ‚auf Herz und Nieren‘ geprüft. Weitere Verwerfungen finden statt. Nur einwandfreie Innereien und Schlachtkörper dürfen weiterverarbeitet werden.

Am dritten Kontrollplatz treffen wir Blaga Templin wieder. Sie führt nun 40 Minuten lang die Beschau von oben in die leeren Tierkörper hinein durch. Der Wechsel der Arbeitsplätze hat während unseres weiteren Rundgangs stattgefunden. Eine Verschnaufpause während der Schlachtung gibt es nicht, weder für die Bandarbeiter noch für die Mitarbeiterinnen des Veterinäramts, die insgesamt 1,5 Sekunden Zeit pro Hähnchen zur Beschau haben: Eine halbe Sekunde pro Kontrollpunkt muss optimal genutzt werden.

Die amtlichen Tierärzte sehen dabei regelmäßig über die Schultern der Fachassistentinnen und begutachten eine Zeitlang die vorübergleitenden Tierkörper mit. Übersehen zum Beispiel die Assistentinnen Gesundheitsbeeinträchtigungen, werden sie von den Tierärzten entsprechend beraten und auf die Symptome hingewiesen, die ein ‚Verwerfen‘ erforderlich machen.

Blaga Templin hat Ihre Kollegin Beate Korczakowski abgelöst, die inzwischen nach drei mal vierzig Minuten Beschau im Büro ihre Notizen in den PC eingibt. Akribisch werden die Ergebnisse der amtlichen Geflügelfleischuntersuchung festgehalten, festgestellte Krankheiten bei den verworfenen Tieren verzeichnet. Waren Tierkörper verfärbt, unterentwickelt, verunreinigt oder unterkühlt? Lagen Schlachtschäden vor? Fanden sich Tierkörper ohne Organe? Auch solche Befunde werden vermerkt.

Kühlkette nicht unterbrechen

Aus der Schlachthalle laufen die Hähnchen und die Innereien durch eine kleine Wandöffnung in die Kühlung, bevor sie nach etwa zwei Stunden im Griller- und Filettierbereich ankommen und verarbeitet werden. Die Schlachtkörper sind dafür auf circa ein Grad abgekühlt worden. Für uns ist es in diesem Hallenbereich zunächst nach der feuchten Hitze angenehm kühl, doch nach einigen Minuten wissen wir die Wärmejacken unter den Kitteln zu schätzen. Wir empfinden die Hallentemperatur nicht mehr als kühl, sondern als lausig kalt. Die Beschäftigten sind entsprechend warm eingekleidet.

Zunächst werden die Tiere ausgesondert, die als ganze Hähnchen (Griller) verpackt werden. Die übrigen werden teils maschinell, teils per Hand zerlegt und laufen zur Weiterverarbeitung auf Fließbändern zu verschiedenen Stationen. Brustfilets werden durch Gewürztrommeln geleitet, Keulen oder Geschnetzeltes abgepackt, bevor die aus den Supermärkten bekannten Verpackungsschalen mit den verschiedenen Frisch-Produkten befüllt werden. Am Ende der Produktion wird unterschiedlich etikettiert, aber die Fleischqualität ist bei allen Abnehmern gleich.

Nach dem Einschweißen der Verpackungseinheiten laufen die Produkte aus dem Weißbereich in die Kommissionierung, dem zweiten,





Vertrauensvolle Zusammenarbeit: Wiesenhof-Geschäftsführer Gerhard Heil unterstreicht, dass die amtlichen Kontrolleure vollkommen autark arbeiten.



Weiterverarbeitung: An verschiedenen Stationen werden die Hähnchen geteilt, gewürzt, abgepackt.

abschließenden Schwarzbereich der Produktion. Hier kann, was die Hygiene betrifft, der empfindlichen, luftdicht verpackten Frischware nicht mehr wirklich etwas passieren. Die Halle ist ebenfalls gut gekühlt, ein zu beladender LKW steht an einer Kälteschleuse. Die einzuhaltende Temperatur wird von der amtlichen Tierärztin ebenfalls mehrfach täglich überprüft. Die niedrige Verladetemperatur ist notwendig, damit die Kühlkette nicht unterbrochen wird. „Wer, wie wir, ein MHD (Mindesthaltbarkeitsdatum) von acht Tagen garantieren will, muss dafür etwas tun. Auch dafür sind die ständigen Kontrollen durch das Amt ganz wesentlich“, erläutert Geschäftsführer Gerhard Heil.

Umfangreiche Büroarbeit

Wir verlassen die Produktion und gehen in die Büroräume der Veterinäre, wo die Tierärztin und die Fachassistentinnen alle Einzelheiten der heutigen Kontrollen festhalten. „Ich arbeite halb im Betrieb, halb im Büro“, erklärt Regina Matzdorf, „und achte nicht nur auf die Einhaltung der Hygienevorschriften und des Tierschutzgesetzes, sondern wir müssen auch eine Fülle sonstiger deutscher und europäischer Vorschriften beachten.“ Zu den Aufgaben der Veterinäre gehören auch die Erstellung der Arbeits- und Urlaubspläne sowie der Stundenabrechnungen für die Fachassistentinnen sowie die regelmäßigen Schlachtgeflügeluntersuchungen mit Dokumentenprüfung in den Mastbetrieben in Zernsdorf.

Nach den Bestimmungen des Nationalen Rückstandskontrollplans werden darüber hinaus regelmäßig Proben entnommen und zur Analyse eingeschickt, um auszuschließen, dass unzulässige Stoffe, zum Beispiel verbotene Antibiotika, im Fleisch enthalten sind. Die Ergebnisse können Anregungen für die Verbesserung der Produktionsabläufe liefern, und auch die Mastbetriebe erhalten gegebenenfalls Hinweise zur Reduzierung der von ihnen zu verantwortenden Verwerfungen, die ihnen nicht vergütet werden.

An diesem heißen Sommertag im August 2013 endet die Schlachtung in Niederlehme gegen 14 Uhr während die Verarbeitung noch weiterläuft. Doch Feierabend gibt es bei Wiesenhof eigentlich nie, denn ab jetzt schlägt die Stunde der Reinigungskräfte, die bis zum Schlachtbeginn am nächsten Morgen die Zeit nutzen müssen, alle Maschinen Förderbänder, Behältnisse, Böden, Wände und sonstige Hilfsmittel so akribisch zu säubern, dass die Veterinäre ihr OK zur nächsten Nutzung der Schlachtanlage geben können. „Bei festgestellten Problemen“, berichtet Regina Matzdorf, „wird mit der Geschäftsführung diskutiert und zeitnah nachgebessert. Das läuft gut.“ Und die Kontrollliste, die früh morgens von einer Amts-Assistentin in der Schlachtung und einige Zeit später von den amtlichen Tierärzten im Zerlegebereich und der Kommissionierung abgearbeitet wird, damit keine Verschmutzung vom Vortag übersehen wird, ist lang. Und Hygiene ist in einem Schlachtbetrieb (fast) alles...

„Wer zahlt die Kontrollen und den Personaleinsatz eigentlich?“, wollen wir abschließend wissen. Offenbar nicht der Steuerzahler: „Für die amtlichen Geflügelfleischuntersuchungen“, erläutert Gerhard Heil, „zahlen wir entsprechende Gebühren an den Landkreis. Wir gehen davon aus, dass sie kostendeckend kalkuliert sind.“ Wir haben bei Dr. Clemens Mueller, dem Leiter des Amtes für Verbraucherschutz und Landwirtschaft des Landkreises Dahme Spreewald, nachgefragt und folgende Auskunft erhalten: „Die Gebühren für die Schlachttier- und Geflügelfleischuntersuchung werden von uns jährlich überprüft und entsprechen kostendeckend kalkuliert. Es fließen nur die direkten Kosten für Personal und Material in die Berechnung ein. Damit ist sichergestellt, dass für den Landkreis kein Verlust entsteht und der Betrieb transparent über die Kosten informiert wird.“ ■





Der Weg in den „Weißbereich“, wo zerlegt und verpackt wird, führt durch eine Hygieneschleuse (o.) – auch die muss den regelmäßigen Überprüfungen von Diplom-Veterinärin Regina Matzdorf (u.) und ihren Kollegen standhalten.

Doppelinterview zur Bundestagswahl 2013...

... mit Ursula von der Leyen (CDU) und Peer Steinbrück (SPD)



t@cker Der öffentliche Dienst muss aufgabengerecht und zukunftsorientiert ausgestattet sein, damit er seine Aufgaben für Staat und Gesellschaft erfüllen kann. Welche Maßnahmen werden Sie in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen, um die Theorie der Praxis anzugleichen?

Ursula von der Leyen Der hervorragende öffentliche Dienst ist ein Markenzeichen Deutschlands und eine tragende Säule des Wohlstandes in unserem Land. Ebenso unverzichtbar ist das Berufsbeamtentum, das insbesondere in Zeiten zunehmender Fachkräfteengpässe für Kompetenz und Verlässlichkeit der Verwaltung steht. Der öffentliche Dienst muss attraktiv bleiben, wenn er auch morgen noch mit der Wirtschaft um die besten Köpfe konkurrieren soll. Das Fachkräftegewinnungsgesetz wie auch die Wiedereinführung des Weihnachtgeldes waren starke Signale in diese Richtung.

Peer Steinbrück Ich hatte schon 2009 als Finanzminister vorgeschlagen, die jährliche pauschale Stelleneinsparung von 1,5 Prozent im Bundeshaushalt zu beenden. Die damalige Bundesregierung hat das dann so beschlossen, aber schwarz-gelb hat es nach der Wahl gekippt und drei Jahre aufgeschoben.

t@cker Die Einkommensbedingungen im öffentlichen Dienst entwickeln sich in Folge der Föderalismusreform in Bund, Ländern und Kommunen immer weiter auseinander. Wie werden Sie diesem für Bürger und Beschäftigte gleichermaßen unbefriedigenden Effekt entgegenwirken?

Ursula von der Leyen Es war Wunsch der Länder, eigenverantwortlich über die Besoldung und Versorgung ihrer Landesbeamten entscheiden zu können. Da, wo es möglich ist, setzt sich die CDU auch aktuell für eine gleichmäßige Vergütung von Bundes- und Landesbeamten ein, etwa bei gemeinsamen Auslandseinsätzen von Polizisten. Wenn sich die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse verbessern, sollen auch Beamte und Soldaten entsprechend teilhaben. Das ist für die Union nicht nur Gesetzesauftrag, sondern ein Gebot der Fairness. So wichtig angemessene Bezahlung und krisenfeste Arbeitsplätze für die Beamtinnen und Beamten sind, attraktive Arbeitsstellen zeichnen sich durch mehr aus: Der öffentliche Dienst kann und muss noch viel familienfreundlicher werden. Ohne Infrastruktur, Arbeits- und Teilzeitmodelle, die das Kümmern um Kinder und ältere Angehörige ermöglichen, kommt keine öffentliche Verwaltung mehr aus. Das will die Union stärken.

Peer Steinbrück Schon vor der Föderalismusreform war das Beamtenrecht nicht völlig einheitlich und die Länder werden ihre wiedergewonnenen Zuständigkeiten kaum kurzfristig aufgeben. Sie sollten aber im eigenen Interesse beieinander bleiben. Die Besorgnis der Beschäftigten verstehe ich. Aber alle, die nicht im öffentlichen Dienst arbeiten, wissen, dass Tarifverträge und damit die Einkommen regional unterschiedlich sein können. Zudem kennen sie auch die unterschiedliche Situation in Betrieben etwa durch übertarifliche Leistungen, zum Beispiel auch bei den Betriebsrenten! Bei Mercedes und BMW ist man vermutlich zurzeit besser dran als bei Opel und Ford.

t@cker Wie wollen Sie der besonderen demografischen Krise des öffentlichen Dienstes in Deutschland, gekennzeichnet durch das hohe Durchschnittsalter der Beschäftigten, durch Stellenabbau und Nachwuchsmangel, begegnen?





Ursula von der Leyen Die zahlreichen Reformen und Modernisierungen in den Verwaltungen und im Dienstrecht waren notwendig. Es bleibt aber Daueraufgabe, dem öffentlichen Dienst eine solide Ausgangslage für den demografischen Wandel zu sichern. Notwendig ist insbesondere ein Rahmen, der es den Beamtinnen und Beamten ermöglicht, individuell und flexibel die Beschäftigung an ihr Lebensalter, aber auch an ihre Lebensentwürfe anzupassen. Daran werden wir mit allen Beteiligten, insbesondere dem dbb, weiter arbeiten.

Peer Steinbrück Die fast banale Feststellung, dass unsere Gesellschaft älter wird, geht am öffentlichen Dienst nicht spurlos vorbei. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten steigt aber auch deshalb, weil erfreulicherweise weniger Menschen vorzeitig aus dem Arbeitsprozess ausscheiden. Attraktiv bleibt der öffentliche Dienst, wenn er unter anderem familiengerechte Arbeitsbedingungen bietet und aus gutem Grund müssen wir hier über einen Mindestlohn nicht reden. Die Entscheidung für die Beamtenlaufbahn wird auch erleichtert, wenn sie nicht mehr zwangsläufig für das ganze Leben getroffen werden muss. Richtig ist deshalb die Mitnahmefähigkeit der Versorgung; sie entspricht der Regelung, dass Betriebsrenten nicht verfallen – was unter SPD-Arbeitsministern eingeführt und dann noch verbessert wurde. Die Mitnahmefähigkeit auf Bundesebene hat schwarz-gelb halbherzig ausgestaltet. Das werden wir ändern.

t@cker Immer wieder wird die Frage gestellt: Wie sicher ist die Rente? Wir stellen sie anders: Wie sicher sind die Pensionen?

Ursula von der Leyen Die Beamtenversorgung des Bundes ist fit für die Zukunft. Die CDU-geführte Bundesregierung hat gerade im aktuellen Versorgungsbericht untermauert, dass die Beamtenversorgung des Bundes durch eine stabile Entwicklung des Anteils der Versorgungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt und an den Steuereinnahmen des Bundes nachhaltig finanziert ist.

Peer Steinbrück Die Pensionen sind so sicher wie die Renten. Die Rentenversicherung beruht auf einem Umlagesystem, die Beamtenpensionen werden aus dem Steueraufkommen finanziert. Beides setzt eine solide wirtschaftliche Entwicklung voraus. Sie sichert ein hohes Beschäftigungsniveau und damit ausreichende Beiträge zur Rentenversicherung wie auch Steuereinnahmen. Auch Versorgungsfonds und ergänzende kapitalgedeckte Versorgungen sind nicht unabhängig davon.

t@cker Wie stehen Sie zu folgender Aussage? „Gender Budgeting ist – auch im öffentlichen Dienst – nur mit mehr Frauen in Führungspositionen durchzusetzen; deswegen brauchen wir möglichst zeitnah feste Frauenquoten."

Ursula von der Leyen Wir brauchen definitiv mehr Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft wie auch in der Bundesverwaltung! Ich bin sehr froh, dass die Union in ihrem Regierungsprogramm für eine gesetzliche Quote von 30 Prozent für Aufsichtsräte der großen börsennotierten Unternehmen ab dem Jahr 2020 eintritt. Vorher gilt die Flexi-Quote. Sie ist für die Wirtschaft der Startschuss, nach den besten Frauen für den Job zu suchen. Bund, Länder und Kommunen dürfen da nicht nachstehen, zum Beispiel in öffentlichen Betrieben, der Verwaltung oder bei der Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten.

Peer Steinbrück Gender Budgeting und eine Quote für Frauen in Führungspositionen kann man nicht in einen Topf werfen. Für die Quote habe ich mich klar positioniert. Hier muss der öffentliche Sektor doch mit gutem Beispiel vorangehen!
Das Instrument einer geschlechtergerechten Haushaltsführung sehe ich hingegen eher skeptisch. Ich weiß, das wird zum Beispiel in Bremen und Berlin gemacht. Das muss man sich noch mal genauer anschauen, vor allem, was davon auf den Bund übertragen werden kann. ■

Kampagne dbb jugend hessen

ichgehewaehlenweil.de

Superwahljahr in Hessen: Bundestags- und Landtagswahl fallen am 22. September 2013 zusammen. Mit der Kampagne „Ich gehe wählen, weil..." wirbt die dbb jugend hessen für aktive Politikbeteiligung. Auf der Kampagnen-Homepage www.ichgehewaehlenweil.de können alle Wahlberechtigten ihr Statement und ihre persönliche Motivation zum Wählen gehen hinterlassen.
Flankiert von gut aufbereiteten Informationen über den hessischen Landtag und die Jugendorganisationen der Parteien sucht der Landesvorstand den direkten Kontakt zur Politik: „Neben dem gegenseitigen Kennenlernen steht vor allem der Austausch von Standpunkten gewerkschaftspolitischer Art im Vordergrund. Mit Unterstützung unserer Fachgewerkschaften haben wir einen Fragebogen mit den Schwerpunktthemen Attraktivität des öffentlichen Dienstes, Zukunft des Beamtentums, Fachkräftemangel, 42-Stunden-Woche sowie Stärkung des Ehrenamtes erarbeitet und den Jugendorganisationen der Parteien im Anschluss an das Gespräch zur Beantwortung mit auf den Heimweg gegeben", so die stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend hessen, Julika Eidam. „Obwohl wir derzeit noch mitten in der Aktion stecken, merken wir schon deutlich, dass diese Gespräche bei allen Beteiligten neue Türen öffnen! Somit freuen wir uns nicht nur auf das Ergebnis, sondern auch über den sichtbaren Prozess, wie wir die Jungpolitiker für den öffentlichen Dienst begeistern können!" Die Antworten der Jung-Parteien gibt's selbstverständlich auch unter www.ichgehewaehlenweil.de! ■



Bundestagswahl 2013

Am 22. September 2013 wählen die Deutschen einen neuen Bundestag. Am gleichen Tag findet die Landtagswahl in Hessen statt. Dass t@cker-Leser wählen gehen, versteht sich von selbst. Aber wen wählen? In unserem Wahlspecial gibt's reichlich Entscheidungshilfen, interessante O-Töne und Wissenswertes rund um den großen Wahltag. Unter anderem hat t@cker die Parteien um ein Kurzstatement gebeten.

Hier die Antworten auf die Frage ...

Warum sollen sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für Ihre Partei entscheiden?

CDU/CSU: Der öffentliche Dienst ist maßgeblicher Standortfaktor für unser Land. CDU/CSU treten weiterhin für eine gute Stellenausstattung, beste Entwicklungsmöglichkeiten sowie eine sichere Altersvorsorge ein.

SPD: Peer Steinbrück sorgt für solide Staatsfinanzen, den ungehinderten Zugang zu öffentlichen Gütern und für einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst mit einem modernen Beamtentum.

FDP: Die FDP setzt sich für eine Verbesserung bei der Mitnahme erworbener Versorgungsansprüche, für eine Flexibilisierung des Ruhestandseintritts und für eine Stärkung des Leistungsgedankens ein.

DIE LINKE.: Wir fordern eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive um die extreme Aufgabenverdichtung anzugehen. Weiterhin muss der öffentliche Dienst ein Vorreiter für familienfreundliche Regelungen und flexible Lebensarbeitszeitlösungen sein.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Bei dieser Wahl können die Wähler entscheiden zwischen Ideen für morgen und Antworten von gestern. Hinterlassen wir unseren Kindern eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung oder nur Treibhausgas und Atommüll? Investieren wir in Schulen und Kitas oder verschwenden Milliarden für das Betreuungsgeld? Fördern wir Massentierhaltung oder endlich eine nachhaltige Landwirtschaft? Wir GRÜNE machen in diesem Wahlkampf ein Angebot an alle, die ein modernes, gerechteres und nachhaltigeres Land wollen. Wer will, dass sich nichts ändert, wählt Angela Merkel. ■

Nachgefragt bei...



„Das Image, dass ältere Menschen ‚immer die gleiche Partei wählen' ist falsch, sie sind durchaus kritisch und immer häufiger Wechselwähler."

... Prof. Dr. Ursula Lehr, Bundesfamilienministerin a.D. und Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisation (BAGSO):

t@cker **Bei der letzten Bundestagswahl erreichte die Wahlbeteiligung mit knapp über 70 Prozent einen historischen Tiefstand. Die zuverlässigsten Wähler sind heute die über 60-Jährigen, während bei den unter 30-Jährigen die Wahlwahrscheinlichkeit deutlich sinkt. Werden die Senioren die Bundestagswahl entscheiden, Frau Lehr?**

Ursula Lehr Die über 60-Jährigen, die ja über ein Viertel unserer Bevölkerung ausmachen und etwa ein Drittel aller Wahlberechtigten stellen, werden den Wahlausgang auf jeden Fall beeinflussen. Etwa die Hälfte der Wahlberechtigten ist zwischen 30 und 59 Jahre und knapp 20 Prozent sind unter 30 Jahre.

Das Problem ist aber nicht die Verteilung der Wahlberechtigten, sondern das Wahlverhalten: So haben 2009 von den 60- bis 70-Jährigen rund 80 Prozent von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht und gingen zur Wahl, von den 20- bis 25-Jährigen nicht einmal 60 Prozent. Viele Senioren haben erlebt, was es bedeutet, nicht wählen zu dürfen, auf freie Wahlen verzichten zu müssen. Sie wissen das Wahlrecht mehr zu schätzen.

Es liegt also an den Jüngeren, den Einfluss der Senioren in einem Gleichgewicht zu halten, nicht zu groß werden zu lassen.
Aber die Annahme, dass die Senioren nur an eigene Vorteile denken, ist falsch. Die Seniorinnen und Senioren von heute haben noch fast alle Kinder, Enkel, Nichten und Neffen und fühlen ich diesen gegenüber verpflichtet, denken also an das Allgemeinwohl. Das wird bei den Seniorinnen und Senioren von morgen, von denen über 20 Prozent kinderlos sind, vielleicht nicht der Fall sein.
Auch das Image, dass ältere Menschen ‚immer die gleiche Partei wählen' ist falsch, sie sind durchaus kritisch und immer häufiger Wechselwähler. ■

Gehst Du wählen?
Seitdem ich wahlberechtigt bin, habe ich bei jeder Wahl von diesem Recht Gebrauch gemacht – sei es auf kommunaler Ebene, bei der Bundestags- oder der Europawahl. Das wird auch in diesem Jahr so sein.

Ist wählen Pflicht?
Ich sehe gerade bei der jüngeren Bevölkerung eine große politische Verantwortung: Wir sind die Generation, die noch die nächsten zig Jahrzehnte in diesem Land leben werden, also sollten wir es auch mitgestalten. Wählen stellt deshalb für mich eine Bürgerpflicht dar. Gerade die vielen Demonstrationen der jüngsten Zeit zeigen, wie andere Gesellschaften dafür kämpfen, mitbestimmen zu dürfen. Wir sollten deshalb unsere eigene Stimme als gewichtig erachten und uns mit der Politik in unserem Lande auseinander setzen, uns einbringen und für unsere Angelegenheiten eintreten.

Was erwartest Du von der neuen Bundesregierung?
Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung erwarte ich, dass der Fokus stärker als bislang auf Themen des „Nachwuchses“ gelegt wird – sei es beispielsweise in Bezug auf die Ausbildungsbedingungen oder die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.



**Vanessa See (24),
JAV-Vorsitzende und freigestelltes Personalratsmitglied
im Auswärtigen Amt (VBOB)**



**Steffen Kollmann (29),
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/
Hauptpersonalrat beim Bundesministerium des Innern (VBOB)**

Gehst Du wählen?
Natürlich gehe ich zur Wahl!

Ist wählen Pflicht?
In Deutschland geht alle Staatgewalt vom Volke aus. Sie wird unter anderem durch Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Dies ist eines der am höchsten angesiedelten Rechte eines jeden Bürgers. Daher ist es für mich selbstverständlich, dass ich dieses Recht wahrnehme.

Was erwartest Du von der neuen Bundesregierung?
Dass sie dafür sorgt, dass die soziale Balance in Deutschland nicht weiter verloren geht und dass keine Politik zu Lasten künftiger Generationen gemacht wird. Im Hinblick auf den öffentlichen Dienst des Bundes erwarte ich insbesondere, dass nicht weiter am Personal gespart wird. Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten jetzt schon am Limit. Nicht wenige darüber. Das kann nicht sein! Nur eine angemessene Personalausstattung trägt dazu bei, dass der öffentliche Dienst Leistungsfähig bleibt. Dies ist nicht ohne zusätzliche Planstellen und Stellen möglich! Die neue Regierung muss im Hinblick auf den demographischen Wandel sicherstellen, dass der gut ausgebildete Nachwuchs dauerhaft an den öffentlichen Dienst gebunden wird.

Gehst Du wählen?
Immer!

Ist wählen Pflicht?
Weil meine Stimme eine Stimme gegen die NPD ist.

Was erwartest Du von der neuen Bundesregierung?
Kreative Ideen, Ausdauer, ein dickes Fell und mehr zum Thema Generationengerechtigkeit.



Foto: © PhotoFiegel

**Annemarie Tietz (24),
Bundestagsverwaltung/Vorsitzende JAV und Mitglied des Personalrats/Bundesjugendvertreterin des VBOB**

dbb jugend schleswig-holstein



„Was willst Du werden?“

Diese für viele junge Leute essentielle Frage stellte die dbb jugend schleswig-holstein im Rahmen einer großen Umfrage, die mit Fördermitteln des Landes Schleswig-Holstein unterstützt wurde. Wozu der Aufwand? Im öffentlichen Dienst wird die Nachfrage nach jungen, qualifizierten Arbeitskräften in den kommenden zehn Jahren zunehmen. Das passiert zu einem Zeitpunkt, zu dem es in Folge des demografischen Wandels zeitgleich zu einem deutlichen Rückgang des Angebots an entsprechenden Bewerberinnen und Bewerbern kommen wird. Um wettbewerbsfähig zu sein, muss der öffentliche Dienst als Arbeitgeber seine Attraktivität steigern. Mit der Fragebogenaktion unter Schülerinnen, Schülern Auszubildenden, Anwärterinnen und Anwärtern sollte ausgelotet werden, ob und wie Jugendliche den öffentlichen Dienst als potentiellen Arbeitgeber wahrnehmen. Ausgewertet wurden insgesamt 690 Fragebögen. Die Ergebnisse sind interessant: Um Schülerinnen und Schüler besser über die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst zu informieren, ist verstärkte Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Dabei müssen Informationen über den öffentlichen Dienst als Ausbilder, Arbeitgeber und Dienstherr bereits in die Schulen transportiert werden. Image-Kampagnen können bestehende Vorurteile gegen den öffentlichen Dienst ausräumen. Da junge Menschen auf eine leistungsgerechte und angemessene Bezahlung, familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie auf Karriereperspektiven Wert legen, ergibt auch dringender Handlungsbedarf für die Politik.

Die Broschüre kann mit einem Klick auf das Foto heruntergeladen werden. ■

dbb jugend bayern





Tradition und Moderne: Die Taiwanesen freuten sich über die Vorführung der Trachtentanzgruppe und die Visite bei der Bundespolizei-Fliegerstaffel Oberschleißheim.

Besuch aus Taiwan

Vom 11. bis 14. Juli 2013 besuchte eine vierköpfige Delegation aus Taiwan die dbbjb zum diesjährigen „Incoming“. Angeführt vom Vize-Minister des Exekutiv-Yuans (das ist der exekutive Gerichtshof, einer der fünf taiwanesiche Staatsräte) Chiu-Lai Yen, erhielten unsere Gäste einen Einblick in die ehrenamtlichen Jugendarbeit in Bayern.
Bei Besuchen der Caritas-Stelle München, dem Bayerischen Jugendring und dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) wurden verschiedene Bereiche der Jugendarbeit vorgestellt. Einen Eindruck von bayerischer Kultur und Tradition vermittelte den asiatischen Freunden ein Vormittag bei der Trachtenjugend. Bei einem Weißwurst-Frühstück wurde die Delegation unter anderem Zeuge eines typisch bayerischen Volkstanzes. Auch ein Besuch auf Schloss Neuschwanstein und ein Essen im altehrwürdigen Kloster Andechs durften natürlich nicht fehlen. ■

GdS-Jugend

Neuer Videoclip

„Die Abmahnung“ heißt der dramatische Youtube-Clip der GdS-Jugend, mit der sie auf die Kompetenz und vor allem den Erfolg ihrer Rechtsberatung aufmerksam macht. Professionell gemacht und sehenswert, guckstdu hier. ■



vbba jugend

Gewerkschaft lohnt sich!

Zum 1. August 2013 sind die Einkommen der Auszubildenden des 1. und 2. Lehrjahres bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) um 40 Euro und die des 3. Lehrjahres um 19,02 Euro gestiegen. Ein Verdienst hartnäckiger Verhandlungen der Gewerkschaften in der vergangenen Einkommensrunde, der beweist, dass sich gewerkschaftliches Engagement lohnt. Die überarbeitete Gehaltstabelle für die BA steht hier zum Download bereit. ■

dbb jugend hamburg

Mehr Geld für Berufseinsteiger

Marcus Weinberg, Landesvorsitzender der Hamburger CDU, fordert eine Erhöhung der Bezüge für Auszubildende des öffentlichen Dienstes in den Metropolen. Im Interview mit der dbb jugend hamburg sah er insbesondere Handlungsbedarf, weil die Bewerberzahlen für Azubis im öffentlichen Dienst sinken. Es sei wichtig, ausreichend qualifizierte Bewerber für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Hamburg laufe sonst Gefahr, künftig als Arbeitgeber nicht mehr attraktiv und somit nicht mehr konkurrenzfähig zu sein. Das ganze Interview im Wortlaut gibt es hier. ■

BDZ-Jugend

Landtag geentert

Am 18. Juni 2013 hatte die BDZ-Jugend des Bezirksverbandes Nürnberg zu einer eintägigen Bildungsreise in das Maximilianeum – dem Sitz des Bayerischen Landtages – nach München eingeladen.
Im bayerischen Doppelwahljahr 2013 ist es der BDZ-Jugend ein Anliegen, den jungen Beschäftigten der Zollverwaltung die „große" politische Bühne näher zu bringen und sie für ihre Verantwortung in Sachen Wahlrecht zu sensibilisieren.
Insgesamt 27 Teilnehmer wohnten an einem der heißesten Tage des Jahres gemeinsam mit dem Vorsitzenden der BDZ-Jugend Alexander Kopolt einer Sitzung des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes bei. Neben diversen Berichten der Staatsregierung – unter anderem die Evaluation des neuen Dienstrechtes in Bayern sowie die Beförderungssituation in der Steuerverwaltung – wurde ein Gesetzentwurf zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes sowie weiterer Rechtsvorschriften kontrovers diskutiert.
Im Plenarsaal des Bayerischen Landtages standen fünf Vertreter der derzeit im Landtag vertretenen Parteien für eine persönliche einstündige Diskussion zur Verfügung. Neben Berthold Rüth (CSU),Jörg Rohde (FDP), Dr. Peter Bauer (FW) und Stefan Schuster (SPD) stellte sich die Vize-Präsidentin des Bayerischen Landtages Christine Stahl (Bündnis 90/Die Grünen) den Fragen der Teilnehmer.
Nach einer Landtagsführung von Berthold Rüth standen kurze Gespräche mit der Bayerischen Justizministerin Dr. Beate Merk und dem Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Wolfgang Heubisch auf dem Programm. ■



Teilnehmer der Studienfahrt mit den MdL Rüth, Rohde, Bauer, Schuster und Stahl im Plenarsaal des Bayerischen Landtags.

dbb jugend bayern

Ballungsraumzulage für Münchner Azubis

Die deutsche beamtenbund jugend bayern (dbbjb) hat es geschafft, mit ihren zahlreichen Eingaben zum Thema Ballungsraumzulage für ihre Kolleginnen und Kollegen im Großraum München einen Teilerfolg zu erzielen: Bisher wurde die Ballungsraumzulage von Anwärtern, die zum fachtheoretischen Ausbildungsabschnitt abgeordnet wurden, gekürzt. Diese Ungerechtigkeit wurde jetzt vom Bayerischen Landtag erkannt und aufgehoben. Die dbbjb hat in ihren Stellungnahmen und Eingaben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Münchner Vermieter schließlich keinen Unterscheid machen, ob die jungen Beamten zur Ausbildung abgeordnet sind oder nicht – die Miete bleibt die gleiche. „Wir freuen uns, dass die Bayerische Staatsregierung in dieser Sache eingelenkt hat. Damit ist sie auf dem richtigen Weg", so der Landesvorsitzende der dbbjb Jörg Kothe. „Allerdings sind wir mit unserer Forderung noch nicht am Ziel, da die Ballungsraumzulage in Höhe von 75 Euro beziehungsweise 37 Euro für Anwärter bei weitem nicht den Lebenshaltungskosten in München gerecht wird." ■

Bei Euch ist was passiert? Gibt's was Neues?
t@cker will es wissen!

Schickt Eure Post an: redaktion-tacker@dbb.de

BDZ-Jugend



Gesund und aktiv

Die Deutsche Zollsporthilfe hat vom 5. bis 6. Juli 2013 die 9. Deutsche Zollmeisterschaften (DZM) im Allgäu ausgerichtet. Rund 1.500 Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen teil. Nach dem Einmarsch der Wettkampfteilnehmer in der Blank-Arena in Sonthofen eröffnete Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk (MdB) die 9. Deutschen Zollmeisterschaften und betonte, dass das Bundesministerium der Finanzen das begehrte Sportereignis auch weiterhin gerne als Veranstaltung zur Stärkung des Wir-Gefühls unterstützen wird. Koschyk dankte dem BDZ als Hauptsponsor der Veranstaltung, welcher einen beträchtlichen Beitrag zum Gelingen der Veranstaltung beisteuere. Für den BDZ bedankte sich der Bundesvorsitzende Klaus H. Leprich bei Organisatoren und Helfern für deren Einsatz. Der BDZ fördere das Sportereignis als einer der Hauptsponsoren, da es zu einem verstärkten Zusammenhalt aller Zöllnerinnen und Zöllner beitrage.
Mit Mountainbike, Volleyball, Staffellauf, Nordic Walking, Halbmarathon und Fußball kam der Sport natürlich nicht zu kurz und die Abendveranstaltung mit Siegerehrungen in der Oybelehalle in Oberstdorf rundete die Veranstaltung ab. ■

dbb jugend nrw



Im Jahr 2000 kommen noch vier Beitragszahler für einen Renter auf, 2050 ist es nur noch einer.

Allein mit einem Rentner

Vor der Düsseldorfer Staatskanzlei heben sich schon von weitem sichtbar quietschgelbe Schilder wie Zeitlichter vom grauen Asphalt ab. Den Mitgliedern der dbb jugend nrw, die sich daneben positioniert haben, geht es um ihre Rente. Denn wenn sich politisch nichts tut, sehen diese jungen Leute demnächst alt aus. Im Jahr 2000 finanzierten noch vier Erwerbstätige einen Rentner. In 17 Jahren werden es nur noch zwei sein. Im Jahr 2050, so die Prognosen, steht das Verhältnis eins zu eins. Das kann so nicht funktionieren, fand die dbb jugend nrw und initiierte zum Ausbildungsstart am 1. August 2013 eine Rentenaktion vor der Staatskanzlei, die das Dilemma visualisierte. Insbesondere Berufsanfänger können dem Rentenalter nicht mehr angstfrei entgegenblicken, sondern müssen von Anfang an eine private Vorsorge aufbauen – und zahlen damit die Rechnung für eine verkorkste Rentenpolitik. „Das Thema ‚Finanzierbare Altersvorsorge' betrifft nicht nur die jungen Menschen, die heute im öffentlichen Dienst ihre Ausbildung aufnehmen, sondern mit ihnen auch die vielen, die in prekären Arbeitsverhältnissen als Mini-Jobber, Teilzeitkraft oder Geringverdiener auf 450-Euro-Basis beschäftigt sind", sagt der Vorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes in NRW, Jano Hillnhütter. Gemeinsam mit 16 Kollegen – Beschäftigte aus Kommunen, Finanzämtern, Justiz und der Schulverwaltung, Feuerwehrleute sowie Polizisten – hat der Verband mit der Aktion auf die ungelöste Aufgabe aufmerksam gemacht. „Die dbb jugend nrw will auf Landesebene die Diskussion darüber anstoßen, dass die Rente in der heutigen Form nicht finanzierbar ist", sagt Hillnhütter. Von dort aus müsse es Impulse in den bundespolitischen Bereich geben. ■



**Und Nerven sparen!
Und Gebühren sparen!
Jetzt Bausparen!**

Sichere Dir jetzt günstige Finanzierungskonditionen.
Mit einem Ideal Bausparvertrag von Wüstenrot.

Jetzt Angebot anfordern:

www.dbb-vorsorgewerk.de/bausparensparen

oder 030 / 4081 6444

ww wüstenrot

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah



dbb akademie kombiniert Wanderausstellung und Seminar

Rechtsextremismus – ein Thema für alle Generationen

Rechte Gewalt in Fußballstadien, auf der Straße, NSU – der Druck von rechts bleibt massiv. Wie kann man Rechtsextremismus und (rechter) Gewalt begegnen? Die Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt“ im dbb forum siebengebirge und das Seminar „Links liegen lassen – kein Platz dem Rechtsextremismus“ der dbb akademie zeigen, dass das Thema brisant für alle Generationen ist.

Den Opfern rechter Gewalt ein Gesicht geben – nichts ist plakativer und anschaulicher als das persönliche Schicksal. Das erlebten jetzt auch 17 Schülerinnen und Schüler der Klasse 11, Grundkurs Psychologie, der Integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel bei ihrem Rundgang durch die Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt“ im dbb forum siebengebirge in Königswinter. Zusammen mit Lehrerin Bärbel Jakob nahmen sie am Seminar der dbb akademie „Links liegen lassen – kein Platz dem Rechtsextremismus“ teil und besuchten gemeinsam mit den Teilnehmenden des zweitägigen Seminars die Wanderausstellung „Opfer rechter Gewalt“.
Wie entsteht (rechte) Gewalt? Welche Menschen wurden Opfer? Gibt es ein Täterbild? Wie kann man eingreifen und Zivilcourage zeigen? Das waren einige der Fragen, die im Rahmen des Seminars unter Leitung von dbb akademie-Dozent Dr. Volker Franke generationsübergreifend und sehr engagiert diskutiert wurden.

Auch der Auslandsfunk „Deutsche Welle“ berichtet

Nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland möchte man – gerade vor dem aktuellen Hintergrund des laufenden NSU-Prozesses in München – wissen, wie „normale“ Deutsche“ in Sachen Rechtsradikalismus Position beziehen.
Deswegen begleitete auch eine Redakteurin des deutschen Auslandsrundfunks „Deutsche Welle“ das Seminar und führte am Rande zahlreiche Interviews mit den Teilnehmenden. Den ausführlichen Bericht findet Ihr online.

Mehr Infos zur Ausstellung gibt es online: www.opfer-rechter-gewalt.de

Ausstellung „Opfer rechter Gewalt“

Die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt“ porträtiert über 180 Menschen, die seit 1990 rechter Gewalt zum Opfer fielen. Viele wurden getötet, weil für sie im Weltbild der extremen Rechten kein Platz ist; manche, weil sie den Mut hatten, Nazi-Parolen zu widersprechen. Einige Schicksale bewegten die Öffentlichkeit, viele wurden kaum zur Kenntnis genommen, vergessen sind die meisten. Die Ausstellung ruft diese Menschen in Erinnerung. ■





Rechtsschutz-Kombi-Paket bereits ab 9,52 Euro im Monat*

Mit dem dbb Rechtsschutz-Spezialtarif gegen steigende Gebühren!



Rechtsschutz-Kombi-Paket bereits ab 9,52 Euro im Monat*

Ein schlechtes Hotel, ein mangelhaft repariertes Auto oder ein unverschuldeter Unfall mit langen Krankheitsfolgen: schneller als man denkt, benötigt man rechtlichen Rat oder muss sein Recht vor Gericht durchsetzen oder verteidigen. Nicht nur die psychische, sondern auch die finanzielle Belastung eines Rechtsstreits ist nicht zu unterschätzen. Gut, wenn man sich abgesichert hat: In Kooperation mit dem dbb vorsorgewerk bietet Jurpartner, Konzerntochter der ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG, ein maßgeschneidertes und preisgünstiges Rechtsschutz-Kombi-Paket exklusiv für Mitglieder der dbb Jugend.

Mitglieder der dbb Jugend sind auf Grundlage der Rahmenrechtsschutzordnung des dbb beamtenbund und tarifunion gegen arbeitsrechtliche Streitigkeiten abgesichert. Um dieses Risiko nicht doppelt zu versichern und so unnötige Kosten zu vermeiden, ergänzt das Rechtsschutz-Kombi-Paket den berufsbezogenen Rechtsschutz durch den dbb. Für Familienangehörige kann der Arbeits-Rechtsschutz selbstverständlich gegen einen geringen Zusatzbeitrag abgedeckt werden.
Aufgrund des zweiten Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes sind die Gerichtsgebühren seit 1. August 2013 um bis zu 18 Prozent gestiegen. Auch die zeitgleiche Anhebung der Gebühren für Anwälte um 12 Prozent und Notare um 15 Prozent erhöhen das finanzielle Risiko eines Prozesses. Die gestiegenen Kosten machen das Rechtsschutz-Kombi-Paket über das dbb vorsorgewerk noch wertvoller.

Exklusiver Spezialtarif zum günstigen Beitrag

Jurpartner Rechtsschutz übernimmt bis zu 500.000 Euro je Rechtsschutzfall – bei einer geringen Selbstbeteiligung. Zudem wird Euch auf Wunsch ein qualifizierter Anwalt in Eurer Nähe empfohlen. Eine telefonische Rechtsberatung im privaten Lebensbereich (einmal pro Jahr) rundet den Service ab. So kann der Streit häufig schon im Vorhinein vermieden werden.
Mit einem monatlichen Beitrag ab 9,52 Euro* profitiert Ihr als Mitglied der dbb jugend und Eure Angehörigen von einem besonders günstigen Spezialtarif. Dieses Angebot ist einzigartig und liegt im Beitrag weit unter den marktüblichen Tarifen für Rechtsschutz-Kombi-Pakete.

Beispiel: Skiunfall

Robert K. stürzt beim Skifahren und verdreht sich dabei das Knie, weil die Bindung nicht öffnet. Diagnose: Meniskusabriss. Die volle Funktionsfähigkeit des Knies kann nicht wiederhergestellt werden, und so verlangt Robert K. von dem Sportgeschäft, das die Skibindung falsch eingestellt hat, Schadenersatz. Das Geschäft weist jedoch jede Schuld von sich und es kommt zur Klage. In einem Vergleich werden Robert K. statt der beantragten 109.000 Euro nur 6.000 Euro zugestanden. Er muss mehr als 90 Prozent der eigenen und der gegnerischen Gerichtskosten tragen. Seine Rechtsschutz-Versicherung übernimmt die rund 24.000 Euro komplett. Ohne Rechtsschutz-Versicherung hätte Robert K. die hohen Auslagen für seinen Rechtsstreit nicht stemmen können. Und wie das Beispiel zeigt, bleibt es häufig nicht bei den Kosten für Anwalt und Gericht. Es können auch noch Sachverständigenkosten und die Kosten der Gegenseite hinzukommen.

Individueller Schutz

Dank der Kooperation mit Jurpartner Rechtsschutz erhaltet Ihr als Mitglied der dbb jugend eine individuelle Absicherung, die genau an Eure Bedürfnisse angepasst ist. Mit dem Rechtsschutz-Kombi-Paket aus Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz profitieren Mitglieder der dbb jugend außerdem von einem günstigen Beitrag, einer hohen Versicherungssumme und einer geringen Selbstbeteiligung.

Unser Tipp:

Sichert Euch noch heute unsere Beitragsgarantie für die nächsten 12 Monate! Damit profitiert Ihr von stabilen Beiträgen im ersten Versicherungsjahr. ■

* Jahresbeitrag auf Monatsbasis für Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz für die Familie ergänzend zu den Leistungen des dbb im beruflichen Bereich, SB 250 Euro

Fragen rund um das Thema Rechtsschutz beantworten Euch die Kolleginnen und Kollegen des dbb vorsorgewerk gerne. Diese sind für Euch montags bis freitags in der Zeit von 08.00 bis 18.00 Uhr unter 030. 40 81 - 64 44 erreichbar.

Weitere Informationen findet Ihr auch online unter: www.dbb-vorsorgewerk.de/rechtsschutz/

t@cker-Mega-Aktion 2013

Auf die Ohren!
Tüchtig auf die Ohren gibt's in dieser t@cker-Mega-Runde: Die Philips Bluetooth Kopfhörer mit Freisprechfunktion und optimaler Soundleistung (SHB9100WT/00) sorgen für ungeschmälerten Hörgenuss – USB- und Audiokabel für Flugzeugbetrieb inklusive. Damit man den Sound-Schmaus auch direkt testen kann, gibt es on top noch zwei Audiobooks: „Urlaub mit Esel" – der Hörbestseller von Michael Gantenberg (Sprecher: Bastian Pastewka) über die Mühle des Ehelebens und männliche Selbstfindung zwischen Beziehungskrise und Burn-out. Außerdem: „Die große Franz-Eberhofer-Box" – die ersten drei Kommissar-Bestseller von Rita Falk („Winterkartoffelknödel", „Dampfnudelblues" und „Schweinskopf al dente", Sprecher: Christian Tramitz) – sehr bayerisch und verdammt komisch! Ihr wollt den Sound? Dann einfach in den t@cker-Ausgaben September, Oktober, November und Dezember die mit den Tackern markierten Wörter sammeln, in die Maske eintragen und die Lösung bis spätestens 31. Dezember 2013 per Mail an redaktion-tacker@dbb.de senden!







_____ ________ __ __________ ______!



Und für zwischendurch gibt's wie immer unsere

t@cker-Frage:

Wie viele Beschäftigte waren am 30. Juni 2012 im öffentlichen Dienst tätig?

STARLIGHT EXPRESS
Das erfolgreichste Musical weltweit läuft in Bochum: STARLIGHT EXPRESS! Am Abend ermahnt die Mutter ihr kleines Kind, die Eisenbahn wegzulegen und schlafen zu gehen. Lokomotiven und Anhänger schleichen sich in den Traum des Kindes und werden menschlich – freundlich und arrogant, mutig und hinterlistig. Sie lieben und leiden, verlieren und gewinnen. Von weit her fahren Züge in den Bahnhof ein: Es ist die Nacht der Weltmeisterschaft der Lokomotiven. Seit einem Vierteljahrhundert begeistert die rasante Show das Publikum.



t@cker verlost 1 x 2 Eintrittskarten für das Bochumer Weltklasse-Musical! Einfach bis spätestens 30. September 2013 die richtige Antwort auf die t@cker-Frage an redaktion-tacker@dbb.de mailen und gewinnen!
Außerdem erhalten t@cker-Fans an der Tickethotline 0211.73 44 120 (0,029 Euro/Min. a. d. dt. Festnetz, Mobil max. 0,42 Euro) bei Angabe der Kunden-PIN 7752 eine Ermäßigung von 10 Prozent auf den Nettokartenwert.



Musik-Tipp

Konzertsommer online: Rockpalast zeigt's

Sommerzeit – Festivalzeit! Leider kann man nicht überall sein. Musikfans finden trotzdem ihr Eldorado, denn der gute alte WDR war und ist mit der altehrwürdigen Institution „Rockpalast" wirklich fast überall. Egal ob Rock Hard Festival 2013, Summerjam, Crossroads oder andere europäische Festivals und Auftritte. Das alles und noch viel mehr gibt es in Form von Videomitschnitten im Internet. Keine Clips, sondern meist komplette Konzerte, von heute bis in die Vergangenheit von Rock, Pop und Crossover. Die neuzeitlichen Gigs kommen natürlich in 16:9, hoch aufgelöst und mit super Sound. Das historische Archiv liefert der Zeit geschuldet zwar nicht diese Qualität, bietet aber teils Konzerte mit legendärem Ruf. Hier findet jeder etwas, stundenlanger Konzertspaß ist damit garantiert. Mehr: www.wdr.de/tv/rockpalast/index.jsp

impressum
herausgeber: Bundesjugendleitung, dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, tel 030. 40 81 - 57 51, fax 030. 40 81 - 56 99, e-mail info@dbbj.de. **redaktion:** Britta Ibald (verantw.), Jan Brenner, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, tel 030. 40 81 - 55 50, fax 030. 40 81 - 55 99, e-mail redaktion-tacker@dbb.de. **fotos:** ADS, BAGSO, CDU, dbb akademie, dbb, dbb jugend, Fotolia, SPD, Marco Urban, PhotoFiegel. **anzeigen:** dbb vorsorgewerk GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, tel 030. 40 81 - 64 00, fax 030. 40 81 - 64 99, e-mail vorsorgewerk@dbb.de. **gestaltung:** Jacqueline Behrendt. t@cker wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Für die Inhalte der in t@cker gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

filmtipp



Seine Familie kann man sich nicht aussuchen und deshalb beschränkt Conrad (Florian David Fitz) die Besuche bei seinen Eltern auf ein absolutes Minimum. Sein Vater Carl (Henry Hübchen) ist ein mürrischer alter Knochen, der kein gutes Haar an seinem Sohn oder dessen Frau Tamara (Thekla Reuten) lässt, während Enkel Jonas (Marius Haas) die Besuche ganz pragmatisch sieht – seine gute Laune lässt er sich von Papa bezahlen, und das Codewort „Erdbeerkuchen" heißt: Flucht ergreifen!



Beim diesjährigen Geburtstagstreffen überrascht Mutter Helene (Leslie Malton) allerdings mit Neuigkeiten. Sie hat Carl nach 40 Jahren Ehe verlassen und bittet Conrad um einen Gefallen: einen Botengang ins Elternhaus – mit ungeahnten Folgen. Denn dort versinkt Carl nicht nur in leeren Bierdosen, sondern auch in jeder Menge Selbstmitleid. Als Carl dann noch in den leeren Pool stürzt und sich dabei verletzt, müssen Conrad und Jonas notgedrungen in Conrads altem Jugendzimmer campieren. Drei Generationen unter einem Dach: Alptraum oder die Chance für einen Neuanfang?

Kinostart: 12. September 2013

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend